



Abschlussklärung der

Berliner Kulturpolitischen Konferenz 2019

»Freiheit des Wortes und der Kunst«

Kunst ist der ideelle Motor der Kultur und einer jeden Gesellschaft

Die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Kunst und des Wortes ist bedroht – politisch und gesellschaftlich durch vielfältige Formen von staatlich und gesellschaftlich ausgeübtem Druck und Einschränkungen der Meinungsfreiheit, vor allem aber auch sozial.

Freiheit der Kunst und des Wortes setzt voraus, dass der Künstler und die Kulturschaffenden in sozial gesicherten Verhältnissen arbeiten können, unabhängig und selbstbestimmt.

Doch immer mehr Künstler*innen aus allen Bereichen, der bildenden, darstellenden, musikalischen wie schriftstellerischen Kunst, leben gezwungenermaßen in prekären Verhältnissen. Kunstfreiheit und Freiheit des Wortes bedeuten für die betroffenen Akteur*innen oftmals nicht mehr, als die Freiheit, unter prekären Bedingungen zu arbeiten.

Wenn die materielle Basis fehlt, verkommt das Bekenntnis zur Freiheit des Wortes und der Kunst zu einer reinen Proklamation.

Wir halten fest: Die durch die Verfassung garantierte Freiheit des Wortes und der Kunst setzt voraus, dass sie als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge anerkannt wird.

Wir wissen: Wer die Freiheit der Kunst und des Wortes praktizieren will, muss dazu auch über die entsprechenden Arbeits- und Einkommensbedingungen verfügen.

Wir erklären: In der Praxis heißt das, dass der Staat die Pflicht hat, die Grundlagen für die Freiheit des Wortes und der Kunst durch die Gewährleistung der materiellen Basis zu schaffen.

Wir setzen uns ein für eine demokratische, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft, gemeinsam mit unserer Gewerkschaft.

Auf der Konferenz haben wir mit unseren Forderungen aufgezeigt, welche konkreten Maßnahmen heute der Berliner Senat ergreifen kann, um seinen Beitrag zur Verwirklichung der Freiheit der Kunst und des Wortes zu leisten.

Wir verstehen die Arbeit dieser Konferenz als einen Anfang. Wir werden sie fortsetzen, die Ergebnisse bilanzieren und daraus weitere Forderungen und Vorschläge für das Land Berlin entwickeln.

In diesem Sinne rufen wir alle Berliner Künstler*innen und Kulturschaffende auf, mit uns zu diskutieren und für die Umsetzung der Forderungen zu handeln.

Kunst.ist.Arbeit. – von Arbeit muss man leben können.

Kontaktadresse: andreas.koehn@verdi.de

